Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 4

Artikel: Antwort und Auskunft Punkt für Punkt

Autor: Sager, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076840

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Eingefroren (5)
Merci, «Vorwärts» (7)
Die sogenannte Liberalisierung (8)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

4. Jahrgang, Nr. 4 **Bern, 30. Januar 1963** *Erscheint wöchentlich*

Antwort und Auskunft Punkt für Punkt

von Peter Sager

Als anfangs Juli 1961 in einigen Zeitungen ein Artikel von Herrn Nationalrat Dr. Oprecht mir politische Schizophrenie vorwarf, weil ich gegen kulturelle Beziehungen auftrete, um mein schlechtes Gewissen in der Angelegenheit des Osthandels zu verdecken, fühlte ich mich in meiner Ehre verletzt und reichte Klage ein. Dieser Prozess ist noch nicht entschieden, weshalb ich in keiner Weise dazu bis heute Stellung genommen habe oder Stellung nehmen will. Es ist Sache des Gerichtes, hier ein Urteil zu fällen (wobei das Gericht meine Klage schützen oder abweisen kann, ob es nun den Wahrheitsbeweis als erbracht betrachtet oder nicht.)

Nach der Hauptverhandlung vor Bezirksgericht und vor der Urteilseröffnung sind nun aber einige Berichterstattungen veröffentlicht worden, die, unbeschadet um den Rechtsstreit, Tatsachen verdrehen oder zumindest einseitig darstellen. Dadurch werde ich gezwungen, an die Oeffentlichkeit zu gelangen und richtigzustellen. Zum leichteren Verständnis gruppiere ich die Vorwürfe thematisch, um dazu eingehend Stellung nehmen zu können.

1. Unbeantwortete Vorwürfe

«Dr. Sager liess diese Vorwürfe (von Dr. Oprecht, P. S.) nicht auf sich sitzen, obwohl er nicht weniger scharfe Angriffe des ‚Beobachters' vom 30. 11. 1960 ‚Der schielende Blick' und vom 15. 1. 1961 ‚Dr. Sagers Dilemma' und die Glossen des Berner ‚Splitterers' in der ‚Nationalzeitung' vom 29. 10. 1960 stillschweigend geschluckt hatte.» («Nationalzeitung», 22. 1. 1963.)

Das stimmt nicht. Auf den Angriff des «Beobachters» vom 30. November 1960, der einige Tage früher erschien, habe ich am 30. November im «Klaren Blick» ausführlich geantwortet. Danach hatte ich mich mit einem Redaktor des «Beobachters» telephonisch unterhalten, und es erweckte den Eindruck, dass der schwere Vorwurf (eines Doppelspiels) zurückgenommen werde. Für dieses Gespräch kann ich den Beweis antreten. Am 15. Januar 1961 erschien dann im «Beobachter» der zweite Artikel, in welchem zwar der Vorwurf formell nicht ausdrücklich zurückgenommen wurde. Da aber der «Beobachter» die Tätigkeit des Ost-Instituts als von staatspolitischer Notwendigkeit bezeichnete und überdies den Einsatz der öffentlichen Hand für das Ost-Institut verlangte, konnte ich mich damit zufrieden geben. Der «Beobachter» hatte das Ost-Institut vorher unterstützt. Ich war zur Annahme berechtigt, dass dem November-Angriff ein Irrtum zugrunde lag. Nachdem er behoben schien, konnte ich auf einen Prozess gegen eine Zeitung verzichten, die in vielem am gleichen Stricke zieht wie der «Klare Blick». Zum Januar-Artikel nahm ich schliesslich ebenfalls Stellung, und zwar am 18. 1. 1961. Es ist also keine Rede von «stillschweigend geschluckt».

Die zitierte Glosse des «Splitterers» habe ich nicht weiter ernst genommen.

2. Moralische Abschätzung

«Es wirkte, offen gesagt, etwas penibel, dass Dr. Sager, der ja in der Regel rasch bereit ist, Andersdenkende in massiver Weise moralisch abzuschätzen, nun plötzlich in der Rolle eines mimosenhaft empfindsamen Beleidigten zu finden.» («Seeländer Volkszeitung», 23. 1. 1963.)

Das ist eine Unterstellung. Mein Antikommunismus ist frei von Fanatismus und Sturheit. Er bezieht sich nicht einmal auf die kommunistische Glaubensinhalte. Mein kompromissloses Nein gilt ausschliesslich der Form, in welcher die kommunistischen Glaubensinhalte verbreitet werden und verwirklicht werden sollen: Zwang und Gewalt. Meine Gegnerschaft bezieht sich auf den Totalitarismus und wäre vor dreissig Jahren als Antifaschismus und Antinationalismus bezeichnet worden. Ich fühle mich der Toleranz verpflichtet auch gegenüber kommunistischen Glaubensinhalten, allerdings ohne sie zu billigen.

Diese Auffassung habe ich oft genug dargelegt, so auch am 21. 2. 1961 im «Klaren Blick». Sie hat meine Tätigkeit bestimmt, weshalb ich noch nie «Andersdenkende in massiver Weise moralisch» abgeschätzt habe. Genau das hat dafür jene Presse wiederholt und nachweisbar mir gegenüber getan, in welcher dieser Vorwurf zu lesen stand.

3. Konzert Ojstrach

«Den speziellen Anlass bildete das vom Zürcher Regierungsrat ausgesprochene Auftretensverbot gegenüber dem weltberühmten russischen Geiger David Ojstrach, das von Sager lebhaft unterstützt wurde.» («Basler Nachrichten», 22. 1. 1963.)

Hier wird völlig zu Unrecht aus dem Plädoyer eines Verteidigers eine Behauptung als Tatsache hingestellt. Am 21. 6. 1961 schrieb ich im «Klaren Blick»:

«Diese Zeitung und das Ost-Institut setzen sich seit langer Zeit für Kontakte kultureller, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher oder sportlicher Natur zwischen der freien und der kommunistischen Welt ein, unter der Bedingung allerdings, dass sie zu politischen Zwecken eingesetzt werden... Im Falle Ojstrachs hätten wir dessen Auftreten befürwortet, wenn im Austausch ein westlicher Interpret von ähnlichem Format eine Tournee in der Sowjetunion hätte absolvieren können (wie es etwa im Rahmen des amerikanisch-sowjetischen Kulturabkommens erzwungen worden wäre.»

Das kann zweifellos nicht als «lebhafte» Unterstützung der Haltung Zürichs gewertet werden, stimmt aber mit der Auffassung des Ost-Instituts überein.

4. «Enthüllungen»

«Enthüllungen über Dr. Sagers Ost-Institut vor dem Zürcher Bezirksgericht.» («Seeländer Volkszeitung», 23. 1. 1963.)

«Doppelspiel des Ost-Instituts?» («Bund.)

«Der Ehrverletzungsprozess um das Doppelspiel des Schweizer Ost-Instituts.» («Nationalzeitung», 22. 1. 1963.)

Es ist zwar leicht, aber auch sehr billig, mit Titeln zu diskriminieren, ohne dabei Unwahres zu sagen. «Ein Handgranatenunfall im Dienst» lautet anders als der ebensowahre Titel «Schon wieder ein Handgranatenunfall im Militärdienst».

Der Prozess hat keine «Enthüllungen» gebracht. Indem ich den Rechtsstreit als Kläger einleitete, nahm ich es bewusst auf mich, dass meine Tätigkeit öffentlich zur Diskussion gestellt werde. Das tat ich um so leichter, als ich überzeugt bin, mein Verhalten vor der Oeffentlichkeit ebenso

gut wie vor meinem eigenen Gewissen verantworten zu können.

Die Konzeption des Ost-Instituts ist von mir konsequent vertreten worden, und zwar im gleichen Sinne auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet. Ich habe weder den Osthandel noch die kulturellen Ostkontakte je total abgelehnt, sondern vielmehr deren Einsatz und Förderung als politische Waffe verlangt. Anstelle vieler Zitate zwei Hinweise.

1959 und 1960 hielt ich im Rahmen von Arbeitstagungen des SAD vor verschiedensten Gremien einen Vortrag, dessen Schlusssatz lautete:

«Da der Osthandel, realistisch betrachtet, wohl schwerlich unterbunden werden kann, sollte er nur in dem Ausmass zugelassen werden, als unausgelastete Produktionskapazitäten kurzfristig überbrückt werden können und müssen.»

Später ist dann noch die bewusste Förderung des Osthandels als politische Waffe vermehrt verlangt worden (insbesondere KB vom 5. 10. 1960).

Am 27. Juli 1958 schrieb die «Neue Bündner Zeitung» in einem Leitartikel:

«... ist anscheinend selbst der ‚Freie Korrespondenz-Dienst' (FKD), der als unabhängiger Informationsdienst zur Bekämpfung von Diktatur und Totalitarismus durch Dr. Peter Sager in Bern betreut wird und den kaum jemand koexistenzialistisch-sowjetfreundlicher Neigung bezichtigen dürfte. Seine neueste Ausgabe vom 25. Juni enthält nämlich, ungeachtet der scharfen Verurteilungen in Budapest, einen Artikel, der vom westlichen Standpunkt aus die Kontakte mit der sowjetischen Jugend durchaus positiv beurteilt und zum Schlusse kommt, dass die Erweiterung (also nicht die Preisgabe! — Klammerbemerkung der NBZ) der kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion uns eine sehr scharfe Waffe in die Hand geben kann.»

Diese Auffassung, aus einer einheitlichen Konzeption über wirtschaftliche und kulturelle Kontakte fliessend, ist im geistigen Bemühen um das richtige Verhalten konsequent ausgebaut worden (zum Beispiel WD vom 17. 5. 1961 und FKD vom 29. 3. 1961). Ein «Doppelspiel» liegt also nicht vor.

5. Wirtschaftsdienst

Einseitig ist in einigen Berichterstattungen über den Prozess der Vorhalt des Angeklagten hervorgehoben worden, dass der «Wirtschaftsdienst» des SOI «wertvolle Tips» für gewinnbringende Ostgeschäfte vermittle.

Das trifft nicht zu. Der vom Schweizerischen Ost-Institut herausgegebene «Wirtschaftsdienst» fördert keineswegs den Osthandel. Er gibt auch keine «Tips» zur Durchführung von gewinnbringenden Geschäften. Er vermittelt reine Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung des Ostblocks und die kommunistische Wirtschaftsoffensive, die zur besseren Kenntnis des Kommunismus nötig sind. Er verfolgt auf dem besonderen Gebiet der Wirtschaft die gleichen Ziele wie andere Veröffentlichungen des Ost-Instituts. Zur Frage der wirtschaftlichen Ostinformation habe ich im «Wirtschaftsdienst» vom 17. 5. 1961 nach einer Behandlung des unvermeidlichen, des schädlichen und des nützlichen Osthandels insbesondere geschrieben:

Nachdem unseres Erachtens dem Osthandel gegenüber eine grosse Reserve am Platze ist und eine gewisse Einschränkung sich aufdrängen muss, scheint die Frage berechtigt, warum das Schweizerische Ost-Institut einen «Wirtschaftsdienst» über die wirtschaftliche und aussenwirtschaftliche Entwicklung im Ostraum veröffentlicht.

Hier ist festzuhalten, dass der «Wirtschaftsdienst» keineswegs den Osthandel fördert, weder bewusst noch unbewusst, auch nicht als vielleicht unerwünschte Nebenwirkung. Nachrichten, die zum Abschluss von Ostgeschäften ermuntern oder führen, sind in der zugänglichen internationalen Fachpresse umfassender mitgeteilt. Die Hauptaufgabe dieses Dienstes ist vielmehr die sachliche Information, und in dieser Hinsicht erfüllt er eine Aufgabe.

Der Aufgabe, wie sie dem «Wirtschaftsdienst» gestellt worden ist, liegt die folgende Konzeption zugrunde. Naheliegende Gründe, wie die gewollte Isolation der Sowjetunion, revolutionäre und konspirative Arbeit, sprachliche Schwierigkeiten und moralische Ablehnung der Diktatur bewirkten, dass sich die Demokratien mit der kommunistischen Diktatur noch weniger befassten als mit der nationalsozialistischen. Die mangelnde Kenntnis einer Gefahr hat zur Folge, dass keine genügenden Abwehrmassnahmen getroffen werden. Die adäquate Verteidigung richtet sich notwendigerweise nach Umfang und Wesen der Gefahr.

Der Umfang der sowjetischen Gefahr ist unterschätzt worden und wird es noch immer. Deshalb ist die freie Welt noch nicht bereit, die notwendigen Verteidigungsmassnahmen zu treffen. Diese Massnahmen setzen grosse Mittel voraus, welche nur mit einer erhöhten Opferbereitschaft mobilisiert werden können. Nie nötige Opferbereitschaft lässt sich aber erst erzielen, wenn das Ausmass der Gefahr bekannt ist. Der ständige Hinweis auf die Gefahr durch sachliche und umfassende Informationen fördert deshalb die Abwehrbereitschaft.

Das Wesen der kommunistischen Gefahr wird ebenfalls missverstanden. Man ist noch allzu stark versucht, eine Gefahr nur von ihren militärischen Aspekten her zu erfassen und trifft deshalb bloss militärische Abwehrmassnahmen. Das ist eine Folge der Tatsache, dass bis vor einem halben Jahrhundert im zwischenstaatlichen Machtkampf der militärische Faktor tatsächlich entscheidend war. Die Macht eines Staates hat sich aber wesentlich gewandelt, was hauptsächlich eine Folge des zunehmenden Einflusses der öffentlichen Meinung und damit eine Spätfolge des demokratischen Gedankengutes ist.

Macht darf nicht mehr ausschliesslich unter dem militärischen Gesichtspunkt verstanden werden. Wenn Lenin schreibt: «Die Diktatur des Proletariates ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft», so stellt er das Machtproblem mit beachtlicher Klarheit dar. Er zeigt damit, dass die Macht als solche neben den militärischen auch wirtschaftliche, wissenschaftliche, propagandistische, pädagogische und administrative Faktoren beinhaltet. Die Tatsache, dass die freie Welt fast nur in miltärischen Faktoren zu denken gewohnt war, hat bewirkt, dass zwar auf diesem Gebiet eine im grossen und ganzen adäquate Verteidigung aufgebaut worden ist, dass aber auf allen andern Gebieten die nötigen Massnahmen weitgehend unterblieben sind. Aus diesem Grunde hat der Kommunismus seine Angriffsrichtung auf diese Gebiete verlegt und bedeutende Erfolge errungen sowie eine günstige Ausgangslage für die weitere Auseinandersetzung geschaffen.

Es wird also unumgänglich sein, dass die freie Welt sich aufrafft, um die übrigen Machtfaktoren zu entwickeln. Deshalb sind heute eine bessere Förderung der wissenschaftlichen Arbeit sowie eine verstärkte Aufklärung der ganzen Welt Forderungen, die unbedingt erfüllt werden müssen.

Eine grosse Bedeutung kommt in dieser Auseinandersetzung auch der Wirtschaft zu. Die sowjetische Wirtschaft ist eine Kriegswirtschaft. Sie konzentriert sich durchaus nicht auf die Hebung des Volkswohlstandes. Deshalb beweist der Hinweis auf den tiefen Lebensstandard der Völker im Ostblock keine Unfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft. Die freie Marktwirtschaft ist eine Friedenswirtschaft und zeichnet sich durch die Souveränität des Konsumenten aus. Der Konsument fällt seine wirtschaftlichen Entscheidungen mit Rücksicht auf seine Situation und strebt die Mehrung des Wohlstandes an. Das hat zur Folge, dass die Friedenswirtschaft in einer Konfliktsituation gegenüber der Kriegswirtschaft solange den Kürzeren ziehen muss, als sich die Bürger der Demokratie nicht freiwillig auf die Anliegen des Staates ausrichten und ihre persönlichen Wünsche zurückstellen, solange dem Staat eine Gefahr droht. Denn die staatliche Macht wird durch die Kriegswirtschaft, der persönliche Wohlstand aber durch die Friedenswirtschaft gefördert.

Da die kommunistische Ideologie das Machtproblem auf diese Weise ausweitet, kommt auch den nichtmilitärischen Machtfaktoren, insbesondere der Wirtschaft, eine zunehmende Bedeutung zu. Deshalb ist es von Belang, dass die westliche Wirtschaft gerade unter dem Gesichtswinkel der machtmässigen Auseinandersetzung besser über die kommunistische Wirtschaft orientiert wird. Diesem Ziel insbesondere dient der «Wirtschaftsdienst» des Schweizerischen Ost-Instituts.

Der «Wirtschaftsdienst» weist die aussenwirtschaftlichen Bemühungen des Ostblocks und die binnenwirtschaftlichen Strukturveränderungen, welche sich später oder früher in einer weltwirtschaftlichen Datenverschiebung auswirken, nach. Er enthält ferner zahlreiche Hinweise auf die beachtlichen Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiete der Produktion und behandelt Spezialprobleme in zusammenfassenden Darstellungen.

Diese Informationen sind nicht nur für unsere Industrie von grösstem Interesse, weil sie so in die Lage versetzt wird, früh genug eine zunehmende Konkurrenz in Rechnung stellen zu können. Auch der Handel muss die sich seit längerer Zeit abzeichnenden Veränderungen zur Kenntnis nehmen, um auf seinem Gebiet die geeigneten Abwehrmassnahmen treffen zu können. Endlich sind diese Entwicklungen auch für die Finanzkreise von grösstem Belang. Bei der internationalen Wirtschaftsverflechtung, wie sie heute gegeben

ist, muss sich eine Wirtschaftsoffensive, wie sie vom Ostblock vorbereitet wird, zumindest mittelbar auf allen Gebieten der freien Welt auswirken. Die politischen Folgen solcher Vorgänge betreffen schliesslich jeden Menschen der freien Welt.

Ein Team von Spezialisten und eine umfangreiche Dokumentation versetzen das Schweizerische Ost-Institut in die Lage, oft früher und umfangreicher über diese Ereignisse und Vorgänge zu berichten. Der «Wirtschaftsdienst» interessiert alle Kreise aus Handel und Industrie und leistet so einen grossen Nutzen. Dank der besseren Uebersicht, zu der diese Informationen verhelfen, können die notwendigen Massnahmen zur Verteidigung der freien Welt früher getroffen werden.

6. Winkler, Fallert & Co. AG

In einer die Proportionen nicht einhaltenden Weise ist über die Unterstützung des Ost-Instituts durch die Firma Winkler, Fallert & Co. AG ein den Tatsachen nicht entsprechender Eindruck erweckt worden.

Die Tatsachen verhalten sich folgendermassen. Ein jahrzehntelanger Freund meiner Familie (Verwaltungsratspräsident der Wifag) hat mich unterstützt, seit ich vor 15 Jahren nach dem kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei die Erforschung des Kommunismus aufnahm. 1957 geriet ich in finanzielle Bedrängnis und musste um Unterstützung nachsuchen. Nach der Anregung von Bundesrat Dr. Feldmann wurde die Loslösung der Osteuropa-Bibliothek in Betracht gezogen, damit sie von der öffentlichen Hand finanziert werden könne. Im gleichen Jahre anerbot sich dieser persönliche Freund, für 1958 und 1959 einen Betrag von Fr. 1000 monatlich zu leisten. Ende 1959 wurde dieser Beitrag für 1960 bis 1962 um die Hälfte gekürzt. Nach fünf Jahren sollte das Institut selbsttragend sein oder seine Tätigkeit einstellen. Dieser persönliche Beitrag wurde über die Firma Winkler, Fallert mir ausbezahlt, von mir aber seit Bestehen des Instituts diesem zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 1960 verlautete gerüchteweise, dass ein sowjetischer Grossauftrag für eine schweizerische Druckmaschine an die Wifag vergeben worden sei. Eine Bestätigung war damals auf Erkundigung nicht zu erhalten.

Ende 1961 hat sich diese Information bestätigt. Gerade wegen meiner freundschaftlichen Beziehungen zum Verwaltungsratspräsidenten dieser Unternehmungen habe ich die Angelegenheit im «Klaren Blick» vom 27. 12. 1961 ausnahmsweise unter voller Nennung der Firma und insbesondere geschrieben:

«Die Lieferung einer Rotationsmaschine nach der Sowjetunion gehört nicht zu der von uns befürworteten wirtschaftlichen Kriegsführung, genau so wenig wie der Export von Werkzeugmaschinen und andern Kapitalgütern, auf die die Sowjetunion und ihre Satelliten so erpicht sind. Solche Exporte verurteilen wir.»

Meine Haltung ist somit unmissverständlich und klar zum Ausdruck gebracht worden. Mehr zu tun, kann ich nicht verantworten. Es kann mir nicht zugemutet werden, einen Freund mit Acht und Bann zu belegen, der mir schon beistand, als der Kampf gegen den Kommunismus noch kaum unterstützt wurde. Eine solche Sturheit und einen solchen Fanatismus lehne ich ab. Freund bleibt Freund, auch wenn ich mich von ihm in einem einmaligen Fall distanzieren muss. Auch diese Haltung kann ich verantworten.

7. Fachbücherei Berna

Die «Nationalzeitung» gibt einseitig den Standpunkt des Verteidigers bekannt und schreibt: «Dr. Sagers Fachbücherei ‚Berna' ist — der Berner Buchhändler Lang bestätigt es als Zeuge zu Beginn der Sitzung im Gerichtssaal — die Agentin für die staatliche tschechoslowakische, für die ungarische und bulgarische Bücherexportstelle in der Schweiz... Die ‚Berna' sei so diskret getarnt..., dass niemand auf die Idee komme, dass ‚Berna', ‚Wirtschaftsdienst', ‚Institut', ‚Klarer Blick' und Dr. Sager identisch sind. Die ‚Berna' liefere aber auf Anfrage an ihr Unbekannte wahllos kommunistische Propagandaliteratur.»

«Das Urteil steht noch aus — aber es kam bereits an den Tag, dass Sager neben seinem kommunistenfeindlichen Ost-Institut selbst einträglichen Osthandel betreibt: Durch eine Firma namens Berna vermittelt er diskret Bücher aus den Oststaaten in die Schweiz — mit angemessenem Zwischengewinn.» («Weltwoche», 25. 1. 1963.)

Bevor ich ausführlich auf Zweck und Entstehungsgeschichte der Fachbücherei Berna eintrete, möchte ich zunächst festhalten, dass sie nicht Agentin für die tschechische, ungarische und bulgarische Bücherexportstelle ist. Sie hat die Vertretung der bulgarischen Exportfirma auf deren Wunsch übernommen, weil sonst die Bücherbeschaffung gefährdet gewesen wäre. Die Fachbücherei ist ferner in keiner Weise getarnt. Ueber sie ist wiederholt in aller Oeffentlichkeit gesprochen und geschrieben worden. Die zuständigen Behörden wurden bei der Gründung über dieses Institution orientiert. Sie ist ferner in keiner Weise gewinnstrebig (wofür dem Gericht eine Expertise angeboten worden ist).

Die Entstehungsgeschichte

Die wissenschaftliche Erforschung einer politischen Erscheinung setzt ein umfassendes Quellenstudium voraus. Im Hinblick auf die bescheidenen Bestände schweizerischer Bibliotheken war ich gezwungen, eine eigene Dokumentation anzulegen. 1948 habe ich den systematischen Aufbau einer Bibliothek über den Kommunismus aufgenommen. Es ist ganz selbstverständlich, dass ich dabei gezwungen war, zahlreiche Bücher und Zeitschriften aus den Ländern des Ostblocks zu beziehen. Die offiziellen Vertretungen der östlichen Exportfirmen in der Schweiz waren damals alles kommunistische Organisationen, so etwa der Literaturvertrieb der PdA. Ich war gezwungen, Bücher und Zeitschriften über diese Firmen sowie über den kommunistischen Leipziger Buchexport zu beziehen.

Das war mit grossen Unzulänglichkeiten verbunden. Der Buchverlag erfolgt unter den Verhältnissen der Planwirtschaft praktisch auf Subskription. Sobald ein Manuskript zur Veröffentlichung freigegeben ist, werden voraussichtlicher Titel und Umfang in einen Vorankündigungskatalog aufgenommen; auch Preis und Auflage sind zum voraus bestimmt. Reine Propagandaveröffentlichungen werden in zureichender Anzahl gedruckt, wogegen wissenschaftliche Bücher meist in einer zu kleinen Auflage hergestellt werden. Die Bestellung erfolgt auf Grund der Vorankündigung und muss mit allen genauen Angaben in vierfacher Ausfertigung eingereicht werden. Die Lieferfristen betragen 3 bis 24 Monate. Die Buchhandlungen warten nun in der Regel die Kundenbestellungen ab, um danach eine Sammelorder abschicken zu können. Dadurch können sie sich sehr viel Zeit ersparen, wobei allerdings die Bestellungen verzögert werden. Bei den Exportfirmen der kommunistischen Länder werden jedoch die Bestellungen nach der Reihenfolge ihres Einganges ausgeführt. Daher wurden über die kommunistischen Organisationen nur etwa 60 Prozent der bestellten Titel geliefert. Es entgingen mir auf diese Weise wichtige Werke und Unterlagen.

Die Lösung lag auf der Hand. Sie konnte nur im Aufbau einer eigenen, nicht gewinnstrebigen Ankaufsstelle liegen. Das wurde 1955 an die Hand genommen, und die Fachbücherei entstand 1957.

Angebliche Prosperität

Diese Fachbücherei fertigt denn auch für jede Bestellung eine besondere Order für die östliche Exportfirma an und schickt diese sofort ab. Aus diesem Grunde gelingt es uns, etwa 90 Prozent der bestellten Titel geliefert zu erhalten, darunter Werke mit sehr kleiner Auflage. Als Folge davon muss allerdings auch ein unwirtschaftlicher Zeitaufwand betrieben werden. Deshalb sind die handelsüblichen Margen in der Regel nicht kostendeckend.

Diese Margen betragen 20 bis 55 Prozent vom vorgeschriebenen Katalogpreis, für Zeitschriften 10 bis 20 Prozent. Etwa die Hälfte des Umsatzes besteht aus Abonnementen. Hauptkunde der Fachbücherei ist die Stiftung Schweizerische Osteuropa-Bibliothek, die im Jahre 1959 meine Sammlung übernahm, heute aber erst vor der Konsolidierung steht. Den Bestellungen der OEB werden je nach Marge bis zu 15 Prozent Rabatt gewährt. Etwa drei Viertel der Fachbücherei-Importe gehen an die OEB. Auf Bücherbestellungen von Buchhandlungen wird ein Rabatt von 25 bis 30 Prozent eingeräumt, auf Zeitungen 5 bis 15 Prozent. Wenn diese Bedingungen sowie der enorme Zeitaufwand berücksichtigt werden, so ist verständlich, dass die Fachbücherei bis heute mit einem Verlust gearbeitet hat und das auch weiterhin tun muss. Die Geschäftsergebnisse sind die folgenden: 1959 Verlust von Fr. 153.60; 1960 Verlust von Fr. 1458.69; 1961 Gewinn von Fr. 460.62; 1962 Verlust von Fr. 2884.82. Der Gewinn des Jahres 1961 ist dabei nicht etwa zur Kompensation der früheren Verluste herangezogen worden, sondern der Stiftung Schweizerische Osteuropa-Bibliothek vollumfänglich gutgeschrieben worden. Die Fachbücherei ist eine Einrichtung, die vorwiegend der OEB dient; ihre Verluste werden vom Ost-Institut getragen. Sie dient somit der Unterstützung der öffentlichen Bibliothek durch das private Ost-Institut. Das sind die Zahlen.

Diese Zahlen möchte ich nun noch in eine Relation bringen. Das SOI veröffentlicht im Dienste der Schweiz und der freien Welt Pressedienste in englischer, französischer und spanischer Sprache, die Woche für Woche kostenlos an über 1000 Redaktionen und Radiostationen in Asien, Afrika

Fortsetzung Seite 8